

Soll das erreicht werden, dann müssen sich unsere neuen Minister darauf besinnen, daß sie mit den Schichten, als deren Vertreter sie in der Regierung sitzen, engere Fühlung nehmen müssen. Sie müssen erforschen, was man von ihnen verlangt und in welchen Dingen die Arbeitnehmerschaft nicht mehr das Programm billigt, das für die alte Gewerkschaftsbürokratie galt. Vielleicht, das für die alte Gewerkschaftsbürokratie galt. Vielleicht, das für die alte Gewerkschaftsbürokratie galt.

„Gegen die Eröffnung des Streikrechts.“

Der „Vorwärts“ hatte am Donnerstag, im Anschluß an ein Telegramm vom französischen Sozialistenkongress, folgende allgemeine Meinungsaussprache gebracht:

Die Forderung nach Bedingungen, unter denen die Streiks verwirklicht werden können, ist auch für Deutschland zu erheben. Wir leiden unter der Streiknot mehr als irgendetwas anderes Land. Es müssen obligatorische Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten geschaffen werden, um die Streiks in Zukunft unmöglich zu machen.

Dazu bemerkt die offizielle Nachrichtenstelle der General-Kommission der Gewerkschaften:

Gegen die leichtfertige Preisgabe eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterschaft erheben wir scharfe Proteste. Es kann gar keine Rede davon sein, daß die deutschen Gewerkschaften über eine Preisgabe des Streikrechts auch nur verhandeln, geschweige denn ihr zustimmen würden. Wenn die Regierung, als deren Sprachrohr der „Vorwärts“ ja heute fungiert, sich wirklich mit beratenden Beschlüssen traut, wird sie eine geschlossene Phalanx der Arbeiter gegen sich finden.

Diese Bemerkungen von gewerkschaftlicher Seite sind in Ton und Haltung sehr bemerkenswert.

Die Maffeiern.

Keine Aufhebung des Belagerungszustandes.

Wir hatten schon im gestrigen Abendblatt mitgeteilt, daß die Unabhängigen am Spieltisch des Expremier Paris, Mandelstam und Friedländer verankert seien. Da sich die Bemerkungen, für die beiden großen sozialdemokratischen Parteien einheitliche Maffeiern zu veranstalten, zerlegt haben, werden die Mehrheitssozialisten gesonderte Feiern abhalten. Es sind schon große Versammlungen vorgesehen, unter anderem auf dem Tempelhofer Feld, dem Grotzerplatz an der Schönhauser Allee, auf dem Wobeserplatz, am Reichstagsplatz und in Charlottenburg. Während die Kundgebungen der Unabhängigen nur unter den beiden Leitfiguren „Sozialismus“ und „Internationale“ beschränkt werden, sind auf den mehrheitssozialistischen Versammlungen neben den eigentlichen sozialistischen Ideen auch die des Bitterbundes, Meißnerbundes und eines gerechten Friedensschlusses vertreten. Von demokratischer Seite sind ebenfalls größere Versammlungen geplant, doch liegen genauere Programme noch nicht vor. Bei den sozialistischen Feiern ist auch die übliche Mitwirkung von Musikkapellen und Chorgesängen vorgesehen.

Darüber, ob der Belagerungszustand überhaupt oder nicht wenigstens für den 1. Mai aufgehoben werden soll, hat sich die Regierung bisher noch nicht geäußert. Überhandnehmende Pressemeldungen wollen jedoch wissen, daß die Regierung irgendwelchen Demonstrationen am Maffeiertage nicht entgegensteht, vielmehr nur dann einschreiten würde, wenn die Maffeiern irgendwo gefährdet werden sollte. Wir würden es begrüßen, wenn sich die verantwortlichen Stellen noch am 1. Mai und ungewissen auf dieser Angelegenheit äußern würden. Wie eine Berliner Nachrichtenstelle zu melden weiß, wird der Verlehr, sowohl auf den Eisen- als auch den Straßenbahnen, wahrscheinlich nicht gestört werden, da sich Beamten und Arbeiter, im allgemeinen Interesse, gegen eine Arbeitsniederlegung ausgesprochen hätten.

„Don Juan“ im Opernhaus.

Auch diese schon lang versprochene Neuinszenierung ist jetzt, mit Ende der Saison, tatsächlich geworden. Unter Richard Strauß' Fingerfertiger Leitung erlangt Mozart's „Don Juan“ in einer Klarheit und Ausdruckskraft, wie man sie nur in den seltensten Fällen zu hören bekommt. Leider erstreckte sich der belaudete Impuls des Dirigenten nicht auch gleichmäßig auf die Soubretten. Auf der Bühne nahm nicht auch gleichmäßig auf die Soubretten. Auf der Bühne nahm nicht auch gleichmäßig auf die Soubretten. Auf der Bühne nahm nicht auch gleichmäßig auf die Soubretten.

Vortragsabende.

Manus Roth's hundertsten Geburtstage war ein Vortragsabend gewidmet, den Ludwig Hartmann am Abend des 1. Mai in der Opernkapelle. Er registrierte jedoch nicht nur Roth, sondern auch dessen Vorträge: die Storm, Villenbrun, Fontane und Timm Kröger. Die ihm schenkte Ruhme weit bekannte wunderbare Gestaltungskunst hat wieder neue Triumphe. Das will etwas heißen, wenn man bereits achtzehn Vortragsabende in der Saison gegeben hat. Auch am neunzehnten März, in alle sein Talent neue Erlebnisse, neue Bilder aus dem Schöpfen des Bekannten der naturdeutschen Poetik und Prosa. Der 2. Min. Moderpret, Min. Jehann und „Se muß in mich“ gar er so unerschöpflich plastisch und innig, daß

Die „Gerechtigkeit“.

Was geht in den Gefängnissen vor?

Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte sich vor einigen Tagen in einem Artikel „Gerechtigkeit“ zum Jurisprudenz-Offizier des Doppelmordes Liebnicht-Luxemburg verhalten. Die Offiziere gemacht. Das Blatt behauptete, diese würden in der Haft weit schlechter behandelt als die politischen Gefangenen. Wir hatten damals gefordert, daß die Regierung den Behauptungen nachgehen und, falls sie zutreffen sollten, für Abhilfe sorgen müsse. Hierüber sind acht Tage vergangen. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nicht mehr gesagt, und die Regierung schweigend. Die „Freiheit“ bringt nun, unabhängig von dieser Gelegenheit, einen Bericht, der das gleiche Gegenstand von dem darstellt, was das agrarische Blatt behauptet hat:

Während die politischen Untersuchungsgefangenen im Lehrter Zellengefängnis bei ihrem Spaziergang im Gefängnishof fünf Schritte Abstand halten müssen, gehen die wegen des Mordes an Liebnicht und Rosa Luxemburg verhafteten Offiziere Arm in Arm. Während die anderen Gefangenen, abgesehen von diesen Spaziergängen, in ihren Zellen bleiben müssen, haben jene Herren volle Bewegungsfreiheit innerhalb des Gefängnisses und dürfen sogar die Arbeitsräume, wie die Druckerei betreten. Die Gefangenen werden einzeln vernommen. Der Untersuchungsrichter ist alles möglich, um eine Anklage konstruieren zu können. Liebnicht's Mörder, der Jäger Ränge, wurde in Gegenwart der mitangeeschuldigten Offiziere verhört.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte die Regierung in der schäblichsten Weise angepöbel. Sie hatte für „Klassenjustiz“ vorgeworfen. Da das agrarische Blatt kein einziges Mal vorher die amtlich festgestellten Mißstände in den Gefängnissen verurteilt hatte, begehrten wir die Behauptungen von der angeblichen Zurückhaltung der inspektierten Offiziere mit dem Ausdruck der Vermutung, daß das Ganze wohl nur ein Stimmungsmannöver sei, um die in der Mordfache Angeklagten schon vor der Verhandlung zu entlasten. Wir wiederholen nun unter der die verantwortlichen Stellen gerichtete Aufforderung, für Klarheit in dieser Sache zu sorgen.

Ausdrückliche Gemütsruhe.

Ebenso wie wir veröffentlichte gestern abend die „Deutsche Tageszeitung“ nachstehende Notiz:

Die gestrigen spartacistischen Narben in Hindenburg fordern den „Oberstleutnant Wandler“ zufolge drei Opfer. Bei Säuberung der Straßen wurden ein 14- und ein 16-jähriger Knabe getötet. Ein Bergmann erhielt einen Beinbruch, eine Anzahl weiterer Personen wurde durch Streifschüsse oder schwere Kolbenschläge verletzt.

Das agrarische-landliche Blatt überschreibt diese Meldung mit den Worten „Jugendliche als Spartacisten“. Wer waren die „Spartacisten“? Knaben, wie es heißt. Kinder, die offenbar zufällig auf der Straße standen oder auf dem Heimweg begriffen waren. Ihr Tod müßte jeden wie immer gesinnten Menschen rühren und nachdenklich stimmen. Denn ein Kind kann kaum schon ein „Spartacist“ sein. Aber das hindert eine gewisse Presse nicht, jeden, aber auch wirklich jeden Vorfall in politische Münze umzuwechseln.

Das Ende der „Erzählung“. Der Titel „Erzählung“ wird, wie die „Tägliche Rundschau“ von unternichteter Seite erfahren haben will, nicht mehr verliehen.

Wo bleiben die Reichsboten? Die Gemeinden, die im Kriege ihre Kirchen gelassen abblieben, streben danach, die noch nicht eingeweihten Glöden zurück zu erhalten. Die Reichsboten-Gesellschaft hat diesem Vorhaben bisher aber noch nicht stattgegeben.

Der Lord in der Arbeiterpartei. Einer der reichen Magnaten Englands, Lord Kimberley, hat sich der Labour Party angeschlossen. Bei der Gründung des neuen Arbeiterpartei in Wimbledon erklärte er in einer Rede, daß er nicht dafür könne, daß er als Lord geboren sei. Er sei trotzdem ein guter Demokrat und hoffe, daß die Arbeiterpartei bald die Regierungsgewalt ergreifen werde.

Ein Arbeitsnachweis für Militärpersonen. In zünftiger Stelle erfahren die R. P. R. In letzter Zeit mehren sich die Klagen über Verlangsamung der Heranzugewanderten Offiziere. Beamten und Unteroffiziere darüber, was bei der bevorstehenden erheblichen Verminderung unserer Heeres- und Marinekräfte aus ihrer Zukunft werden solle. Die Reichsregierung hat dieser Frage seit längerer Zeit ernstlich ihre

man es gern noch einmal gehört hätte. Von Timm Kröger hatte er das bekannte „Geschichten-Simmer“ in sein Programm aufgenommen, das, im freien Vortrag, freilich gelang. Die weltumtorende Perle Storms „Traß, fälsche mir die Augen!“, „Einer Tote“, sowie „Die Spinnerin von Sankt Peter“ und „Abfisch und Bäcker“ von Alleneron wurden zu ganz, ewiger Kunst erhoben. „Der kleine Hühnermann“ von Storm und Alleneron „Wetrunken“ gaben dem Abend zuweilen eine heitere Note. Der Vorfall war selten herzlich und stark.

Die Gesellschaft der Kammermusikanten Brandt-Jacoby hatte es sich an ihrem vierten Kammermusikabend, der am Donnerstag in dem kleinen, licht- und lebenswarmen Saale des Deutschen Theaters stattfand, wiederum zur dankenswerten Aufgabe gemacht, einen Dichter der Gegenwart zu vermittel. Hermann Claudius, einem Enkel des großen Mathias Claudius, war der Abend gewidmet. Das sympathische Menschentum dieses neuen Hamburger Lyrikers brachte O. V. Brandt mit einigen Worten der Einleitung näher, während Rudolf Veltling Gedichte von ihm, zum Teil aus der Handschrift, las. Das Organ des Vortragenden ließ die im harten Hamburger Matt gestimmten Gedichte aus „Mant Muen“ und „Hörst du nicht den Eisenhieb?“ zu unruhiger, unerschöpflicher Natur aufleben, während es dem größeren Stimmumfang erfordernden Hochdeutsch bei weitem nicht so gerecht werden konnte. Die Liebe dieses Dichters zum Volk pulsierte wie ein warmer Luftstrom in den beiden Gedichten „De Rieder“ und „De Berg“.

Theaterchronik. In der Aufführung von Elfe Gaster: „Schäters Brun“, die im Rahmen der Veranstaltungen des Jungen Deutschland am 27. April, 10 1/2 Uhr mittags, im Deutschen Theater stattfand, wirkten in den Hauptrollen die Damen Margarethe Griffling, Paula Gerber, Auguste Braß und Grete Bredner, Margarete Eisele, Elly Wagner und die Herren Josef Gwath, Paul Grack, Paul Günther, Selmutz Krüger, Friedrich Kühn, Johannes Niemann und Wilhelm Voelker mit. Die begleitende Musik stammt von Friedrich Golländer. Das Orchester wird von Komponisten geleitet. Die Dekorationen hat Ernst Stern entworfen und gemalt. Regie hat Fritz Gerber. Am Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gelangt am Sonntag, den 27. April, nachmittags 3 Uhr, zu vollständigen Freilicht-Spiele „Das Trübsalreich“ 2 Teil in erster Besetzung zur Aufführung. Regie: Direktor Gustav Friedrich; musikalische Leitung: Dr. Siegmund.

Aufmerksamkeit zugewandt. Sie hat in Aussicht genommen, daß der Reichszentralrat für Arbeitsnachweise ein besonderes Dezernat zu schaffen, daß sich damit zu beschaffigen haben wird, die freierwerbenden Heeresangehörigen in der Volkswirtschaft unterzubringen.

Die Verwertung von Reichsgrundbesitz.

Die amtlichen „Richtlinien“.

Das Wolff-Bureau verbreitet folgendes:

Der Grund und Boden, der von See und Marine während des Krieges erworben wurde und nunmehr entzogen ist, beläuft sich auf tausende Hektar Landes, die an zahllosen Stellen des Deutschen Reiches liegen. Diese ungeheuren, teilweise überbauten Flächen sind vom Reichsfinanzministerium (Abteilung II Immobilien, Berlin, Friedrichstraße 60) unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und finanzieller Gesichtspunkte zu verwerten und zu verwerten.

Vielmal haben die früheren Eigentümer, durch die Verhältnisse gezwungen, häufig im Wege der Enteignung, einen Teil ihres Grundbesitzes abtreten müssen, so daß eine Gefährdung ihres landwirtschaftlichen Betriebes eingetreten ist und sie ihre vorhandenen Ställe, Scheunen und dergleichen nicht mehr voll ausnützen konnten. In solchen Fällen verlangt es die Gerechtigkeit und das Interesse der Allgemeinheit an der möglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, daß den Berechtigten die Möglichkeit gegeben wird, ihr früheres Eigentum zurückzuerwerben.

Ein großer Teil des Geländes eignet sich nach seiner Lage in Städten und Fabriksorten oder wegen völliger Ertragslosigkeit nur zu gewerblichen Niederlassungen mit Wohnkolonien. Seine Verwertung wird schwierig sein und nur allmählich vor sich gehen können.

Der Grund und Boden, der für ländliche Siedlungen in Betracht kommen kann, soll in erster Linie gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften gegeben werden. Dabei wird im landwirtschaftlichen und finanziellen Interesse im allgemeinen der Weg des Verkaufes zu wählen, im Kontrast aber letzteres ihrerseits des Geländes zu Erbbaurecht an Kleinrentner weitergeben, eine Heberverteilung der Kleinrentner werden und jede Bodenveräußerung ausgeschlossen wird. Auch wird das Reichsfinanzministerium nach Möglichkeit den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften günstige Kaufbedingungen gewähren. Würde das Reich selbst im Wege des Erbbaurechts oder der Verpachtung reichseseigenes Gelände abgeben, so würde die Verwaltung eines so großen Hebervermögensapparats in der Provinz und an den einzelnen Orten bedingungslos, sondern für eine starke Verwässerung auch noch besondere (Mittelteil) laufend erforderlich werden. Außerdem würde eine solche Maßnahme dem Streben der Reichsverwaltung widersprechen, den Behördenapparat möglichst zu vermindern.

Die vorstehenden Ausführungen können nicht als Grundriss angesehen werden, die hier anzunehmen sind, sondern dienen nur als Richtlinien; demnach, das allgemeine Wohl fordert vielmehr, daß in jedem Einzelfall möglichst den sich widerstreitenden Interessen Rechnung getragen wird.

Es will uns nicht einfallen, daß das Reich Riesentöster hätte, wenn es selbst Gelände zu Erbbaurecht an Kleinrentner weitergibt. Dafür muß es auch billigere Kontrollmöglichkeiten geben. Es handelt sich hier um eine wichtige grundsätzliche Frage sozialer Bodenpolitik, die nicht so ohne weiteres beiseite geschoben werden darf. Die Regierung bzw. der Reichsfinanzminister Gothein wird in der Rationalversammlung darüber noch nähere Auskünfte geben müssen.

Die Landarbeiterskandale in Friesland.

Emden, 25. April. (P. P. R.)

Die Forderungen, die im Kreise Wenerer gestellt worden haben, haben aufgehört, nachdem der Landrat gestern eine Entscheidung mit den Landarbeitern ergriffen hat. Die Landarbeiter sind ergrimmt darüber, daß die Wenerer Vorträge, die sie selbst nicht zur eigenen Ernährung benötigen, zu Wucherpreisen an die Kammerer abgeben. Die Bedingungen, unter denen der Landrat die Einigung zustande gebracht hat, erscheinen nicht unbedenklich; insbesondere hat er 125 Gramm Fett wöchentlich zugefugt, während nach den Bestimmungen nur 75 Gramm gegeben werden dürfen. In Wenerer ist jetzt alles ruhig und auch die Bewegung auf die benachbarten Kreise Emden und Aurich übergegangen. Dort haben die Forderungen zugefugt seit gestern begonnen. Das Generalkommando hat Untersuchung zugestimmt. Zu großen Ausschreitungen ist es bisher nicht gekommen. Die Regierungsstellen sollten nicht nur Militär schiden. Sie sollten auch den Grund der Unruhe zu erkennen suchen. Denn wenn sich selbst die bisher so ruhig gebliebenen Landarbeiter empören, dann muß schon irgend etwas stark faul im Staate Dänemark sein.

Die Neubildung der braunschweigischen Regierung nicht zustande gekommen.

Braunschweig, 25. April.

Die Neubildung der braunschweigischen Regierung, die in der heutigen Nachmittags-Sitzung der Landesversammlung erfolgen sollte, ist nicht zustande gekommen. Die Abstimmung über die Bildung eines Koalitionsministeriums wurde mit 30 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärten die Abgeordneten des Landesverbandes, sie betätigten sich nicht weiter an den Beratungen und verließen den Sitzungssaal. Auch die Demokraten verließen den Saal. Da das Haus nunmehr beschlußunfähig war, wurde die Sitzung abgebrochen und auf morgen vormittag anberaumt mit der gleichen Tagesordnung.

Einnahme Kiev durch ukrainische Truppen.

Kiew, 24. April.

Die ukrainischen Abteilungen, die bis jetzt die Sowjetregierung in Kiew in der Ukraine unterdrückt haben, sind zu den ukrainischen Nationaltruppen übergegangen. Die ukrainischen Truppen des Ataman Jelen haben den Bolschewikoff Kiev erobert und mit Ausnahme des zweiten Güterbahnhofs und einiger Dörfer die ganze Umgebung bis zum Fluss Irpen besetzt. Bewaffnete Abteilungen ukrainischer Bauern sind bis zur Eisenbahnstation Trubeber (westlich von Irpen) vorgedrungen und haben die Brücke über den Irpen gesprengt.

Hierzu die Wochenbeilage: Illustriertes Wochenblatt „ULK“ Nr. 17

Verantwortliche Redaktionen: für äußere Post: Dr. Erich Holz, Charlottenburg, für innere Post: Karl Heller, Berlin; für kommunales Groß-Berlin, Geschäftsleitung und den Wogen: Felix Heinrich Heppner, Heimer, Berlin; für den Rest des Reichs: Dr. Erich Holz, Charlottenburg; für den Inlandteil: Paul Erich, Berlin-Dahlemburg. Druck und Verlag: Rudolf Hoffmann, Berlin. Hierzu 1 Beiblatt.

